

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Eckart Kuhlwein MdB plädiert für eine neue Phase der Bildungsreform: Stagnation überwinden.

Seite 1

Hedda Jungfer MdL kritisiert die Rollenbilder in bayerischen Schulbüchern: Frauen schauen zu, Männer packen an.

Seite 4

Klaus Daubertshäuser MdB fordert eine stärkere Beachtung der Umweltbelange beim Straßenbau: Menschen vom Verkehrslärm entlasten.

Seite 5

Jürgen Giebel erinnert an die Konstituierung des Bildungspolitischen Ausschusses der SPD vor 80 Jahren: Es begann mit der Propagierung der „Volkserziehung“.

Seite 6

41. Jahrgang / 239

15. Dezember 1986

Plädoyer für eine neue Phase der Bildungsreform

Das Lernen mit Kopf, Herz und Hand muß neu entdeckt und verwirklicht werden

Von **Eckart Kuhlwein** MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages

Das auf dem Offenburger Parteitag beschlossene Regierungsprogramm spricht von der Notwendigkeit einer „neuen Phase der Bildungsreform“. Damit wird der Erkenntnis Rechnung getragen, daß die notwendige Veränderung des Bildungssystems in der Struktur und in den Inhalten seit einigen Jahren stagniert. Die Bildungspolitik des Bundes in den letzten vier Jahren hat überdies dazu beigetragen, daß eine Reihe von Reformen in Teilbereichen zurückgedreht wurden. Die Finanzlage der öffentlichen Hände tat ein übriges dazu, die Bildungspolitik in die Defensiva zu verweisen. Und in manchen Köpfen - auch sozialdemokratischer Politiker - hat sich inzwischen das Vorurteil verfestigt, der große Aufwand an Geld und geistiger Energie für die Reformen der 60er und 70er Jahre habe sich letztlich nicht gelohnt.

Das Gegenteil ist richtig. Wenn wir ab 1987 mit der nächsten Phase der Bildungsreform beginnen wollen, können wir auf einem soliden Fundament sozialdemokratischer Reformpolitik aufbauen, das auch durch die Wenderegierung bis heute nicht zerstört werden konnte:

- Noch nie haben so viele junge Menschen in längerer Bildungszeit bessere Bildung und höherwertige Abschlüsse erhalten;
- die Zahl der Schulabgänger ohne qualifizierten Bildungsabschluß ist erheblich zurückgegangen;
- das „katholische Mädchen vom Lande“ hat heute gleiche Bildungschancen wie jeder Junge auch und erreicht sogar bessere Schulabschlüsse;
- soziale Benachteiligungen konnten erheblich eingegrenzt werden;

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veranstaltet im Auftrag
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



- die Richtlinien für verschiedene Schulformen wurden modernisiert, die Lehrpläne nach wissenschaftlichen Grundsätzen überarbeitet, Schulnoten wenigstens in Teilbereichen abgeschafft, gymnasiale Oberstufe und Abiturprüfungen neu gestaltet und die Lehrerbildung modernisiert;
- Orientierungsstufen, Gesamtschulen und sogar integrierte Schulformen in der Sekundarstufe II wurden geschaffen.

Die neue Phase der Bildungsreform muß jedoch auch Antworten auf neue Herausforderungen finden, die für die Weiterentwicklung unseres Bildungswesens maßgebend sind. Arbeit, Frieden und Umwelt verlangen eine neue Sensibilität; ein verändertes Bildungsverhalten und zurückgehende Schülerzahlen rufen nach neuen Strukturentscheidungen; sich verändernde aber schwer zu prognostizierende Qualifikationsanforderungen erfordern neue Anstrengungen; mehr Freizeit, mehr Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten aller Bürger verlangen eine bessere Vorbereitung auch in der Schule, der schnelle technische und soziale Wandel schließlich macht die Weiterbildung zu einer neuen und wichtigen Dimension von Bildung.

Im Mittelpunkt der Reformüberlegungen steht heute die Frage nach der verbindlichen allgemeinen Bildung. Dabei braucht die Schule keine geistig-moralische Wende, sie braucht eine klare Orientierung an den verfassungsmäßigen Grundrechten und Pflichten. Diese sind das Ergebnis aufgeklärter menschlicher Vernunft. Ihre Kraft muß auch in Zukunft stärker sein als das Bedürfnis nach Anleitung durch Tradition und Autorität. Junge Menschen brauchen nicht den Vormund, sondern das Vorbild; sie müssen lernen, sich des eigenen Verstandes ohne Bevormundung zu bedienen, um im Verlaufe ihres Lebens mündig zu werden. Die Erziehung nach vorbestimmten und unbefragten Werten ist dagegen Erziehung zur Unmündigkeit und damit weder Erziehung noch Bildung.

Oberster Grundsatz für allgemeine Bildung muß deshalb sein, den jungen Menschen zu einem selbstbestimmten und unabhängigen Bürger werden zu lassen, der in sozialer und demokratischer Verantwortung seinen Beitrag leistet zu einem menschenwürdigen Leben in einer menschenwürdigen Gesellschaft, deren Spielregeln so lange nicht endgültig sind, als Menschen sie der Kritik ihrer aufgeklärten Vernunft unterwerfen.

Wenn es dann konkreter wird, ist Allgemeinbildung nicht nur eine Frage des richtigen Lesens, Schreibens und Rechnens: Niemand hat je geleugnet, daß diese „Kulturtechniken“ auch dazugehö-



ren. Tatsächlich beherrschen sie heute mehr Bürger unseres Staates als je zuvor. Aber zur Allgemeinbildung gehört auch die Fähigkeit, historisch-politische Zusammenhänge zu wissen und zu verarbeiten. Ob dies besser durch eine gute Gemeinschaftskunde oder durch Geschichtsunterricht erreicht wird, ist eine Frage von nachgeordneter Bedeutung.

Der Unterricht aller Fächer muß am neuesten Erkenntnisstand der entsprechenden Wissenschaften orientiert sein und darf nicht eine naive Weltansicht vermitteln. Er muß Erkenntniskritik enthalten und den Menschen dazu befähigen, Widersprüchliches und Unabgeschlossenes zu ertragen und durch eigenen Einsatz zu klären.

Allgemeinbildung darf aber nicht zu einer Angelegenheit des Kopfes allein werden, sie muß den ganzen Menschen erfassen: Das Lernen mit Kopf, Herz und Hand muß neu entdeckt und verwirklicht werden. Erfahren und Erleben müssen miteinander verbunden werden. Das kann vorzüglich im musisch-kreativen Bereich geschehen, darf aber in keinem Fall auf diesen beschränkt bleiben.

Allgemeinbildung darf nicht in „Wissensinseln“ bestehen, die in ihrer Spezifität den Blick auf das Allgemeine verstellen, fächerübergreifender Unterricht und Unterricht in Projekten sind bewährte Unterrichtsmethoden sozialdemokratischer Reformpolitik und müssen in den Schulalltag breit eingeführt werden.

Auch in der Schule darf keine „Ellenbogengesellschaft“ entstehen. Das Miteinander in der Schule ist die beste Sicherung gegen ein Gegeneinander in der Gesellschaft, die diese sich in ihren vielfältigen Verflechtungen heute weniger denn je leisten kann. Das Lernziel Solidarität ist Grundprinzip einer modernen sozialen Gesellschaft und damit notwendiger Gegenstand von Allgemeinbildung.

Allgemeinbildung ist schließlich nicht nur Vorbereitung auf die Arbeitswelt und verträgt deshalb nur eingeschränkt eine Abstimmung auf das Beschäftigungssystem. Sie dient zunächst und vor allem anderen der Entwicklung des mündigen Bürgers, der in seiner Welt (auch Umwelt) und in seiner Gesellschaft (auch Staat) seiner Rechte und Pflichten bewußt ist und in Verantwortung vor sich selbst und den anderen dazu befähigt worden ist, sein Leben glücklich und erfüllt zu gestalten.

(-/15.12.1986/va-he/rs)

Frauen schauen zu, Männer packen an...

Die rückständigen Rollenbilder müssen endlich aus Bayerns Schulbüchern verschwinden

Von Hedda Jungfer MdL

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Bayerns Schulbücher sind voller überholter männlicher und weiblicher Rollenklischees. Wenn Frauen und Mädchen vorkommen, dann fallen sie in Ohnmacht, wollen heiraten, petzen oder rücken albern Sofakissen zurecht. Männer dagegen sind kreativ, arbeiten, basteln, haben einen Beruf.

Zwar gibt es mittlerweile im „Katalog allgemeiner Kriterien und Richtlinien zur Begutachtung von Lernmitteln“ der Staatsregierung einen Passus, wonach dies nicht mehr sein sollte. Doch in der Wirklichkeit hat sich an den überkommenen Klischees in den Schulbüchern nichts geändert, wie bei der Durchsicht zahlreicher Schulbücher verschiedenster Fachgebiete, Altersstufen, Schularten und Verlage festgestellt werden muß. Mir ist insbesondere aufgefallen,

- daß Frauen und Mädchen als handelnde Personen zahlenmäßig unterrepräsentiert sind;
- daß sich Frauen und Mädchen nur in einer sehr begrenzten Anzahl von Tätigkeiten und Berufen wiederfinden können;
- daß die Hauptrolle der Frau die der Hausfrau und Mutter ist;
- daß selbst die wenigen in Erscheinung tretenden berufstätigen Frauen meist dienende Tätigkeiten zugewiesen bekommen;
- daß in Gruppensituationen Frauen und Mädchen meist als Ratsuchende, Zuarbeitende, Zuschauende dargestellt sind - sofern es nicht um Haushaltstätigkeiten geht.

In einem Landtags-Antrag fordere ich zusammen mit der kulturpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion, Christa Meier, sowie zahlreichen Mitgliedern der SPD-Arbeitskreise für Gleichstellung, Recht und Schule die Staatsregierung auf, diese überholten Rollenbilder aus den Schulbüchern zu verbannen und Mädchen wie Buben, Frauen wie Männer paritätisch und partnerschaftlich in Jugend-, Berufs- und Familienrollen vorkommen zu lassen.

Die Staatsregierung muß endlich den Mut haben, Schulbücher mit kraß einseitig dargestellten Rollen nicht nur von der Anerkennung als Schulbuch auszunehmen, sondern eine solche Anerkennung notfalls sogar zurückzuziehen. Wenn die Schule die Vorbereitung für das Leben ist, dann kann es doch nicht angehen, daß Buben und Mädchen ständig Rollenbilder gezeigt bekommen, die für ihr späteres Leben keine Geltung mehr haben sollen.

Vor allem ist es mit der Gleichberechtigung und Gleichstellung nicht zu vereinbaren, daß Buben und Männer in Schulbüchern stets der agierende Teil sind, während Mädchen und Frauen im Hintergrund stehen oder gar nicht stattfinden oder, wenn sie sich in den Büchern wirklich einmal in das „harte Leben“ hinausrauen, Fehler machen oder scheitern. (-/15.12.1986/vo-he/rs)

* * *



Umweltbelange im Straßenbau stärker berücksichtigen

Menschen von unerträglich gewordenem Verkehrslärm entlasten

Von Klaus Daubertshäuser MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Unser Straßennetz muß funktionsfähig unterhalten, durch ein intelligentes Management besser genutzt sowie menschen- und umweltgerocht gestaltet werden. Dies sind die politischen Schwerpunkte der Sozialdemokraten für das Verkehrssystem „Straße“.

Die Bundesrepublik verfügt über eines der besten und leistungsfähigsten Straßenverkehrsnetze der Welt. Sein Ausbau ist im wesentlichen abgeschlossen. Deshalb gilt: „Qualität vor Quantität“ und „Ausbau im Netz“ statt „Ausbau des Netzes“. Insbesondere das Netz der Bundesautobahnen hat eine solche Dichte und Leistungsfähigkeit erreicht, daß an weitere Bauvorhaben ein besonders strenger Maßstab zu legen ist. Strengere Kriterien müssen dabei nicht nur für die Entscheidung gelten, ob eine Baumaßnahme überhaupt erforderlich ist, sondern ebenso bei der Wahl der Streckenführung und der Bauausführung. Bei den unumgänglichen Straßenneubauten müssen die Planungen daraufhin überprüft werden, ob unter Berücksichtigung des Verkehrsaufkommens und der Sicherheitserfordernisse die negativen Auswirkungen auf die Umwelt vermindert und insbesondere der Flächenverbrauch reduziert werden können durch

- weniger breite Fahrstreifen,
- geringere Anzahl von Fahrstreifen,
- engere Kurvenradien.

Die Pläne der Bundesregierung für den Neubau von Autobahnen sind überdimensioniert. Insbesondere eine Reihe von Großprojekten sind unsinnig. Dies ergibt sich sowohl bei ökonomischer wie auch bei ökologischer Betrachtung.

Von 800 Kilometern Autobahnen, bei denen noch nicht mit dem Bau begonnen wurde, lehnen die Sozialdemokraten insgesamt 250 Kilometer ab. Statt dessen sollen die parallel verlaufenden Bundesstraßen verkehrsgerecht und einschließlich der notwendigen Ortsumgehungen ausgebaut werden.

Dem Bau von Ortsumgehungen kommt generell ein besonderer Stellenwert zu. Viele Bürger werden vom unerträglich gewordenen Verkehrslärm entlastet. Die Abgasemissionen in unseren Lebensräumen werden reduziert und Unfallschwerpunkte beseitigt. Gleichzeitig muß aber sichergestellt werden, daß die alte Ortsdurchfahrt entsprechend dem gesunkenen Verkehrsbedarf umgebaut wird. Beispielsweise muß das Fahren mit überhöhten Geschwindigkeiten wesentlich erschwert beziehungsweise unmöglich gemacht werden.

(-/15.12.1986/vo-he/rs)

* * *



Es begann mit der Propagierung der „Volkserziehung“

Vor 80 Jahren nahm der bildungspolitische Ausschuß der SPD seine Arbeit auf

Von Jürgen Giebel
Sekretär der Kommission für Bildungspolitik der SPD

Vor 80 Jahren, exakt am 13. Dezember 1906, konstituierte sich der bildungspolitische Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er gründete seine Arbeit auf dem Beschluß des Mannheimer Parteitags vom Mai jenes Jahres, in der die Forderung nach einem zentralen Bildungsausschuß und nach einer Parteischule endlich eine Mehrheit auf einem Parteitag fand. Die Genossen David (Mainz), Hugo Heimann (Berlin), Korn (Kiel), Franz Mehring (Leipzig), Heinrich Schulz (Bremen, später Berlin), Georg von Vollmar (München) und die Genossin Clara Zetkin (Stuttgart) waren die ersten Mitglieder. Vertreter des Parteivorstandes im Bildungsausschuß war der damalige Parteivorsitzende August Bebel selbst. Zum Vorsitzenden wurde Hugo Heimann gewählt, der dieses Amt bis 1914 innehatte. Geschäftsführer wurde Heinrich Schulz, der spätere Staatssekretär für Unterrichtsfragen im damaligen Reichsinnenministerium und Vorsitzende von 1919 bis 1933.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Willi Eichler 16 Jahre lang Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses. Ihm folgten als Vorsitzende des Bildungspolitischen Ausschusses beziehungsweise wie es heute heißt, der Kommission für Bildungspolitik, Waldemar von Knoeringen, Heinz Kühn, Vera Rüdiger, Johannes Rau und Peter Glotz. Seit 1982 leitet Inge Wettig-Danielmeier, niedersächsische Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, die Bildungskommission der SPD. Ludwig von Friedeburg und Manfred Dammeyer als Stellvertreter stehen ihr dabei zur Seite.

Zu Beginn der Arbeit im Jahre 1906 stand die Propagierung der Leitsätze „Sozialdemokratie und Volkserziehung“, der Aufbau eines parteiinternen Bildungssystems und der Parteischule im Mittelpunkt der Arbeit. Dazu gehörte die Ausarbeitung von Programmen für Vorträge, Vortrags- und Unterrichtskurse und künstlerische Veranstaltungen, die Herausgabe eines Verzeichnisses und Jugendschriften, die für proletarische Kinder besonders geeignet sind und die Schaffung von Musterkatalogen für kleinste Bibliotheken ansteigend bis zu großen städtischen Volksbibliotheken.

Unter dem Vorsitz von Johannes Rau wurde das Konzept von Gesamthochschule und das „Modell für ein demokratisches Bildungswesen“ entwickelt.

Die Kommission hat in ihrem jüngsten Papier vom März dieses Jahres „Bildung in Freiheit, Gleichheit und Solidarität“ versucht, den Zusammenhang des bürgerlichen Verständnisses von Bildung mit den sozialdemokratischen Grundwerten darzulegen und die Wege für die Weiterentwicklung des Bildungswesens bis zum Ende des Jahrtausends aufzuzeigen. Ziel ist eine ganzheitliche Bildung für alle Kinder, alle Mädchen und Jungen, zu vermitteln. Ganzheitlich bedeutet dabei eine Auffassung von Bildung und Lernen, die allgemeine und theoretische Aspekte mit den zukünftigen Anforderungen der Gesellschaft und des beruflichen Lebens verknüpft und Zusammenhänge und Abhängigkeiten deutlich macht. Dies wird nur möglich sein, wenn die bisherige Aufteilung in überwiegend praktisch orientierte und überwiegend theoretisch orientierte Bildungsgänge längerfristig aufgehoben wird.

Ein Rückblick auf die bisherige Entwicklung des deutschen Bildungssystems läßt vermuten, daß damit ein Bildungsausschuß auch die nächsten 80 Jahre noch zu tun haben wird.

(-/15.12.1986/vo-he/rs)

* * *